

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/1898 –

Vorfall am Hauptbahnhof Koblenz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/1898** – vom 20. Dezember 2016 hat folgenden Wortlaut:

Am 1. November 2016 gegen 16.15 Uhr kam es im Hauptbahnhof Koblenz zu einem Angriff von drei Personen auf einen älteren Bahnreisenden. Der Vorfall ereignete sich am Gleis 109 unmittelbar nach Ankunft des Regionalexpresses aus Köln. Ein 49-jähriger Mann mit geistiger Behinderung erkannte die Situation und kam dem älteren Herrn couragiert zur Hilfe. Einer der Täter schlug mit einem Stock bzw. Rute auf den Helfer ein und traf ihn zweimal in der rechten Gesichtshälfte. Der Geschädigte ging zu Boden und verlor kurzzeitig das Bewusstsein. Die Täter waren vermutlich wegen des vorangegangenen Halloween-Abends mit gelben und blauen Masken verkleidet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Konnten zwischenzeitlich die Tatverdächtigen ermittelt werden?
2. Gibt es Videoaufnahmen von den Tatverdächtigen? Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn Frage 2 mit Ja beantwortet wird, wann erfolgt eine Öffentlichkeitsfahndung?
4. Warum findet keine Videoüberwachung auf dem Koblenzer Bahnhofsvorplatz statt?
5. Sieht die Landesregierung das Bundespolizeirevier Koblenz personell ausreichend ausgestattet?
6. Wird der 49-jährige Mann eine Bürgerurkunde des Polizeipräsidenten erhalten? Wenn nein, warum nicht?
7. Wird der 49-jährige Mann die Rettungsmedaille des Landes Rheinland-Pfalz erhalten? Wenn nein, warum nicht?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Januar 2017 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Zuständigkeit für den Ermittlungsvorgang liegt bei der Bundespolizeiinspektion Trier. Der Vorfall im Gleisbereich des Hauptbahnhofs Koblenz wurde am Abend des 1. November 2016 in einer Polizeiwache in Nordrhein-Westfalen angezeigt und von dort zur Sachbearbeitung an die zuständige Bundespolizeiinspektion in Trier übermittelt.

Der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz ist der Vorfall nicht bekannt geworden. Es ist kein entsprechender Notruf eingegangen und es erfolgten keine Maßnahmen durch Beamtinnen oder Beamte des Polizeipräsidiums Koblenz.

Zu Frage 4:

Die Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel richtet sich nach § 27 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes Rheinland-Pfalz. Danach ist eine Bildaufzeichnung in öffentlich zugänglichen Räumen unter anderem dann zulässig, soweit dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Darüber hinaus sind Bild- und Tonaufzeichnungen an sogenannten gefährlichen Orten möglich, soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung begangen werden. Der Vorplatz des Koblenzer Hauptbahnhofs ist kein Kriminalitätsschwerpunkt. Im gesamten Jahr 2016 wurden hier lediglich vier Körperverletzungsdelikte registriert. Eine Überwachung des Bahnhofsvorplatzes durch Videotechnik ist daher nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich.

Zu Frage 5:

Die personelle Ausstattung des Bundespolizeireviers Koblenz obliegt der Bundespolizei und befindet sich außerhalb der Zuständigkeit der Landesregierung.

b. w.

Zu den Fragen 6 und 7:

Die Landespolizei Rheinland-Pfalz war mit dem Vorfall im Koblenzer Hauptbahnhof zu keiner Zeit befasst. Die Ermittlungen wurden von der Bundespolizeiinspektion in Trier geführt. Daher liegt die Zuständigkeit bei der Bundespolizei. Sofern ein entsprechender Auszeichnungsvorschlag vorliegt, würde über die Verleihung einer Rettungsdienstmedaille des Landes gemäß der zugrunde liegenden Regularien zu befinden sein.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär